



PRESSEAUSSENDUNG

Umweltdachverband: NGO- und ExpertInnen-Allianz übergibt Unterschriften der Blumenwiesen-Petition an BM Ruppreecher

- „Rettet die Blumenwiesen!“: Mehr als 16.500 Unterschriften in zweieinhalb Wochen
- Petition fordert finanzielle Gleichstellung von naturnahen Wiesen, Weiden, Landschaftselementen mit Acker- und Grünlandflächen sowie eine stärkere Ökologisierung der österreichischen Landwirtschaftspolitik
- Fotos zum Download auf: <http://www.umweltdachverband.at/presse>

Wien, 19.12.13 (UWD) Nach den Entwürfen für die nächste Agrarförderungsperiode schrillten bei NaturexpertInnen und so manchen Bäuerinnen und Bauern mit differenzierter Wiesen- und Weidenutzung die Alarmglocken: Die Abgeltung für pflegliche, nachhaltige Nutzung bunter und oft an seltenen Pflanzen und Tieren reicher Wiesen, Hutweiden und Almen sollte im Gegensatz zu den produktionsintensiven Grünlandflächen und Äckern ungleich geringer ausfallen. Dies wäre eine enorme Bedrohung für artenreiche Kulturlandschaften. Unter der Ägide von Biodiversitätskoryphäe Prof. Georg Grabherr sammelten BirdLife Österreich, Naturfreunde Österreich, | naturschutzbund |, Österreichische Naturschutzjugend, Oesterreichischer Alpenverein, WWF und Umweltdachverband gemeinsam mit NaturschutzexpertInnen im Zuge der Petition „Rettet die Blumenwiesen!“ in den vergangenen zweieinhalb Wochen mehr als 16.500 Unterschriften, die heute Nachmittag an den neuen Umweltminister Andrä Ruppreecher übergeben wurden. „Dass sich in so kurzer Zeit so viele Menschen dieses Themas angenommen haben, zeigt sehr deutlich, dass ökologische und dem Naturschutz Rechnung tragende Landwirtschaft ein breites Anliegen der Bevölkerung ist. Die Wirtschaft profitiere davon, wie etwa kürzlich auch SpitzenvertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Naturschutz im Tourismusland Vorarlberg, die die Forderungen der Petition voll mittragen, festhielten. Die Bundespolitik müsse reagieren“, so **Georg Grabherr**, Vorsitzender des Vorarlberger Naturschutzrates und Wissenschaftler des Jahres 2012, im Rahmen der Übergabe der Unterschriften an den neuen Bundesminister. Dass in der Regierungserklärung bereits auf die Forderungen der Petition eingegangen wurde, betrachtet Grabherr als sehr positiv, gleichzeitig aber auch als Verpflichtung des neuen Bundesministers, diesen Weg im Sinne der Schöpfungsverantwortung konsequent zu verfolgen.

Programmschwerpunkt Naturschutz setzen

„Natur- und Biodiversitätsschutz müssen sich wie ein roter Faden durch das nächste Agrarumweltprogramm ziehen. Die Fakten sprechen für sich: Nicht nur sind die heimischen Grünlandlebensräume ökologisch betrachtet massiv beeinträchtigt, auch sage und schreibe 80 % aller in Österreich gelisteten FFH-Arten sind in einem ungünstigen Erhaltungszustand! Die Finanzierungsnotwendigkeiten sind daher nicht nur hinsichtlich der Optimierung bestehender

Schutzgebiete evident, sondern auch in Hinblick auf die von der EU geforderte Nachnominierung etlicher Natura 2000-Gebiete. Der neue Umweltminister hat es damit in der Hand, die entsprechenden Hebel zu installieren, um Natura 2000 ordnungsgemäß umsetzen zu können und den betroffenen GrundeigentümerInnen und LandwirtInnen entsprechende Angebote zu machen. Wir stellen uns in diesem Zusammenhang eine Aufstockung der Naturschutzmittel im engeren Sinne von zumindest 25 % im Vergleich zur vergangenen Periode vor, was rund 85 Mio. Euro entspricht“, so **Gerhard Heilingbrunner**, ehrenamtlicher Präsident des Umweltdachverbandes.

Biodiversitätsschutz & Projektnaturschutz stärken

Der derzeitige Rohentwurf des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums für das neue Agrarumweltprogramm ÖPUL sieht verpflichtende Maßnahmen für den Biodiversitätsschutz in Form von anzulegenden Wildkrautstreifen und Biodiversitätsflächen vor. „Dieser Ansatz ist zentral, um die Umweltwirksamkeit aller Flächenzahlungen im ÖPUL positiv bewerten zu können und darf unter keinen Umständen wieder aus dem Programm genommen werden, wie derzeit gemunkelt wird“, so **Gerald Pfiffinger**, Geschäftsführer von BirdLife Österreich und Mitinitiator von www.rettet-die-blumenwiesen.at. „Die Maßnahme nur auf einige wenige Arten der Flächenzahlungen anzuwenden, oder sie gar nur mehr freiwillig anzubieten, wäre sogar ein Rückschritt zum derzeitigen Programm und ein äußerst negatives Signal in Richtung Naturschutz.“ **Roman Türk**, Präsident des | naturschutzbund |, ergänzt: „Auch kleine Naturschutzinitiativen – von der Schutzgebietsbetreuung bis hin zu Umweltbildungsvorhaben – tragen maßgeblich zur Erhaltung von Arten und Lebensräumen im ländlichen Raum bei; deren Umsetzung muss daher künftig leichter ermöglicht werden. Unüberbrückbare Hürden wie die Vorfinanzierungsverpflichtung oder die Intransparenz bei der Mittelvergabe müssen beseitigt werden. Nur dann kann der positive Spin dieser zum Teil stark ehrenamtlich organisierten Initiativen genutzt und ein positiveres Verhältnis zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, insbesondere auch auf regionaler Ebene, erreicht werden.“ „Wir setzen hier große Erwartungen in den neuen Minister und stehen gerne für konstruktive Gespräche zur Verfügung“, so die vier Vertreter der Initiatoren abschließend.

Die Petition und ihre Forderungen im Detail finden Sie auf www.rettet-die-blumenwiesen.at

Rückfragehinweis:

Dr.ⁱⁿ Sylvia Steinbauer, Öffentlichkeitsarbeit Umweltdachverband, Tel. 01/40 113-21,
E-Mail: sylvia.steinbauer@umweltdachverband.at, <http://www.umweltdachverband.at>